

Die Neuwahldebatte in Grossbritannien und die Diskussionen über Europa

Die Parteien in Grossbritannien bereiten sich auf vorgezogene Neuwahlen vor. Sowohl bei Labour als auch bei den Tories werden die programmlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um gegebenenfalls noch im Herbst in eine Kampagne gehen zu können, die ansonsten spätestens 2010 anstehen würde.

Auslöser der Idee sind die zustimmenden Umfrage-Ergebnisse der ersten Wochen von Premierminister Brown. Nach sorgfältiger Vorbereitung ist ihm ein Start gelungen, der Labour nach mehr als einem Jahr Vorsprung von David Cameron und seinen teil-erneuerten Konservativen in die Pole-Position zurückgebracht hat. Wer Blair's Niedergang, seinen Verlust an Ansehen und Glaubwürdigkeit, die Kritik an Inhalt und Stil seiner Amtsführung, beobachten konnte, musste von Brown ein Kontrastprogramm erwarten, das dieser auch pflichtgemäss geliefert hat. Dass die Tories derart aufgeregt und unprofessionell auf den Stimmungsumschwung reagiert und ihn zum Anlass einer gelegentlich hämischen und böartigen Selbstkritik nahmen, trug zusätzlich zum Anfangserfolg von Gordon Brown bei.

Nun befindet sich der neue Premier in einer Zwickmühle, deren Auflösung nicht nur die Briten interessieren und betreffen wird. Wartet er mit den vorgezogenen Wahlen, werden mehr und mehr Menschen erkennen, dass die alten Probleme nicht über Nacht verschwunden sind. Von Irak bis zur Bildungspolitik, vom Gesundheitswesen bis zur Kriminalitätsentwicklung, vom Aussenhandelsdefizit bis zur Desintegration der Gesellschaft – zu allen Themen gab es auch schon vom Schatzkanzler Brown Lösungsvorschläge, Ankündigungen und

Versprechungen, an die der Premier Brown erinnert werden wird, wenn sie im Alltag wieder aufscheinen.

Lässt er aber schon im Spätherbst oder Frühjahr wählen, werden diese Themen noch ergänzt um Europa und die Ergebnisse der Regierungskonferenz, die bis dahin vorliegen sollen.

Die Entscheidung von Blair und Brown, anders als 2004 zum damaligen EU-Verfassungsvertragsentwurf über die neuerliche Vereinbarung nicht vom Volk entscheiden zu lassen, bringt Labour in zunehmende Schwierigkeiten. Die Verweigerung eines Referendums ist schlecht begründet und wird es bleiben. Eine Öffentlichkeit, die ihre Meinung weitestgehend von einer europa-kritischen Presse erhält, ist weder emotional nach argumentativ auf opt-out Klauseln oder red-lines vorbereitet. Sie ist empfänglich für Stimmungsmache, wie den Vorwurf, mit dem Kompromiss von Brüssel sei der „schamlose Ausverkauf britischer Interessen an blutleere Bürokraten der EU“ beschlossen, er sei der „Nagel im Sarg unserer Demokratie“.

Über all dies sei bei Neuwahlen abzustimmen, wenn Brown ihnen eine andere Möglichkeit verweigere.

Dass die Tories auf diese Karte setzen werden, wird man ihnen kaum verübeln können. Es entspricht ihrer Ideologie, steht in Übereinstimmung mit allen Forderungen der Vergangenheit und ist im Machtkampf mit Labour ein gut geschliffenes Schwert. Darüberhinaus ist Europa der Klebstoff, der die Modernisierer um David Cameron noch mit der Mehrheit der traditionellen konservativen Mitgliedschaft zusammenhält.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO GROß-BRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING
29.AUGUST 2007

www.kas.de/LONDON

Aber auch bei Labour und den LibDems gibt es zunehmend mehr und kritische Fragen zur Verweigerung eines Referendums. Ist der neue Vertragsentwurf wirklich so anders, als der alte von 2004, wie es die Regierung nicht müde wird, zu behaupten, wenn doch von Ahern bis Zapatero alle die Brüsseler Ergebnisse preisen, weil „die wichtigsten Elemente des Verfassungsvertragsentwurfs gerettet“ oder gar „98%“ aus dem gescheiterten Text übernommen wurden? Schon kursieren Textvergleiche, die das belegen sollen. Ebenso verbreitet sind die Gutachten und Stellungnahmen, die die völlige oder partielle Unwirksamkeit der red-lines zum Gegenstand haben. Sie sollen bei denen Wirkung entfalten, die eine anspruchsvollere Begründung brauchen.

Gefährlich für Labour wird nun aber ausgerechnet die Debatte um die Grundrechtecharta. War Blair noch stolz darauf, sie mit einer opt-out Regelung für Grossbritannien erlegt zu haben, will die grösste Gewerkschaft TUC nun auf ihrer Jahrestagung genau deshalb von Brown ein Referendum fordern: Es müsse darüber abgestimmt werden, ob dem britischen Arbeitnehmer das verweigert werden könne, was Europa gemeinschaftlich seinem kontinentalen Arbeitskollegen an Rechten gewähre.

Bei so viel Kritik mag keiner fehlen oder etwas Positives dagegenhalten. Die britische Arbeitgebervereinigung findet wettbewerbshemmende Elemente im Vertragsentwurf, David Blunkett fordert eine völlig neue EU, „keine, die auf den Visionen der 50iger Jahre beruht, sondern beschreibt, wie Europa im 21.Jahrhundert sein solle“. Dritte wenden ein, das „starre Europa“ sei keine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

So entsteht erneut ein Stimmungsbild, wie es im April 2004 Tony Blair zu seinem historischen Satz hat verleiten lassen „then let the people have the final say“.

Auszuschliessen ist eine solche, erneute Kehrtwende nicht. Sollte Brown sich dazu veranlasst sehen, kann man nur hoffen,

dass er sie für eine umfassende Debatte des Verhältnisses von Grossbritannien zu Europa nutzt. Dies war von Blair immer wieder angekündigt, aber nie realisiert worden.

Für eine solche Debatte wird der Brüsseler Vertrag nicht ausreichen. Dies wird nur ein Referendum leisten können, bei dem es um die weitere Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU unter Akzeptanz des Brüsseler Kompromisses geht – oder ein Ausscheiden aus der EU. Die britischen Sonderwege werden ansonsten auch in Zukunft nicht nur die europäischen Partner, sondern auch die Handlungsfähigkeit der britischen Regierung selbst beeinträchtigen.